

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-62794](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-62794)

# Der Beobachter.

## Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in 1/2 Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VI. Jahrgang. Dienstag, den 2. October 1849. № 79.

### Was will die Partei unserer Linken?

Es wird jetzt so viel verdächtigt und verläumdelt, daß es wohl Zeit ist, über die obige Frage einmal gründlich das Wort zu nehmen, damit bei den bevorstehenden Landtagswahlen Niemand zu seinem eigenen Schaden getäuscht wird.

Wir sind dem preussischen Bündnisse abgeneigt

1) weil wir nicht wünschen, daß unsere Staatsregierung von der preussischen abhängig werde und

2) weil wir an unserem Staatsgrundgesetze festhalten wollen, während unsere Gegner, die Conservativen, sehr viel, und wie es uns scheint, den besten Theil davon aufheben wollen, um nur den Anschluß an Preußen zu erlangen. Darin sind wir konservativ, daß wir von unserem Staatsgrundgesetze keinen Buchstaben uns rauben lassen wollen. Die Mehrheit des aufgelösten Landtages wollte dies auch und ebenso haben wir von Anfang an mit ihrer Erklärung übereingestimmt, daß es mit dem Anschluß an das Bündniß keine Eile habe. Die Erfahrung hat gelehrt, daß wir hierin Recht hatten. Es sind 4 Wochen verfloßen, die Sache steht nicht bloß noch auf demselben Punkte, sondern es ist immer mehr zur Gewißheit geworden, was die Abgeordneten unserer Partei voraus sagten: Baiern und Württemberg wollen sich nicht anschließen, unser Nachbarstaat Hannover, ohne welchen kein Vernünftiger uns raten könnte, in dem Bündnisse zu sein, zeigt immer deutlicher seine Absicht, wieder zurück zu treten. Hat nun unser Ministerium und die Partei, welche ihm bestimmte, hierin sich geirrt, so ziehen wir daraus weiter keine Folge, als daß die Abgeordneten unserer Partei kluge Augen gehabt haben und die Besonnenen gewesen sind. Darüber freuen wir uns und glauben, dies muß für die Wahlmänner

ein Grund mehr sein, sie wieder zu wählen. Die Frage, ob das Ministerium der Berliner Vertrag ratificiren durfte oder nicht? überlassen wir dem künftigen Landtage. Hat's dem Lande keinen erheblichen Nachtheil gebracht und giebt das Ministerium in seiner neuen Zusammensetzung sonst nur Beweise davon, daß es das wahre Wohl des Landes befördern und die Verheißungen des Staatsgrundgesetzes redlich erfüllen will, so wünschen wir, daß jene Frage lieber ganz umgangen werde; denn wir wollen keine Rechthaberei.

Wenn man uns verdächtigen will, als wollten wir das Bestehende umstürzen, so haben wenigstens die Abgeordneten unserer Partei durch ihre öffentliche Wirksamkeit im Landtage den Beweis des Gegentheils geliefert. Wir wollen aufbauen nach den Vorschriften unseres Staatsgrundgesetzes, aber auch Alles ohne Ausnahme was nach den Bestimmungen desselben aufgebaut werden soll und unverkümmert in der Weise, wie wir nach dem Staatsgrundgesetze die Pflicht und das Recht dazu haben. Wer umstürzen wollte, der hätte wohl im Jahre 1848 dazu die Hand geboten, wo die Ausführung ein leichtes gewesen wäre. Wir aber sind damals die Eifrigsten gewesen, die Frankfurter Nationalversammlung zu beschicken, welche Ruhe und Ordnung in Deutschland herstellen sollte. Und als die Nationalversammlung, nachdem sie die Reichsverfassung fertig hatte, der nur das Oberhaupt fehlte, den Ausruf an das deutsche Volk ausschrieb, in welchem sie demselben überließ, die Durchführung dieser Verfassung nun durch seine Kraft und Beharrlichkeit zu erstreben; da sind wir es gewesen, welche unseren Vertretern in Frankfurt zuriefen: „Thut das nicht! das geht nicht! wenn das Volk ohne rechtmäßige Führer das Werk vollenden soll, so überschlägt sich die Sache; Ihr müßt den Mittelpunkt und Ausgangspunkt bilden für Alles was geschehen soll!“ Wir sind es gewesen, welche ihnen zuriefen, auf ihren Sitzen



auszuharren, um sowohl uns den Weg zu zeigen, den wir einschlagen sollten, als auch die Bewegungen in der Pfalz etc. in ihre Hand und Leitung zu nehmen, damit sie das Ziel, die Einführung der Reichsverfassung, erreichen könnten!

Wir haben nie den Umsturz gewollt, wir räumen Niemandem ein, konstitutioneller zu sein als wir, aber wir halten treu und unverbrüchlich an den Freiheiten und Rechten, welche das Staatsgrundgesetz dem Oldenburger Volke zugesichert hat, und haben die Ueberzeugung: wer diese Rechte rauben und verkümmern will, der führt Revolution und Umsturz herbei.

### Judas wer bist du?

Unser weitberühmtes „Delmenhorster Kreisblatt“, dessen Redacteur, ein gewisser Herr etc. Kiel, unter andern lebenswürdigen Eigenschaften auch die besitzt, alle Angriffe auf die Demokratie umsonst in sein Organ aufzunehmen, für Entgegnungen aber sich bezahlen zu lassen, — enthielt neulich einen Artikel, welcher Herrn v. Lindern durch Zurufung eines Bibelspruches auf gemeine Weise schmähte. Das war nun allerdings durchaus nicht wunderbar, sondern machte auf uns nur etwa den Eindruck, als wenn man von einem bekannten Diebe hört, er sei zum zwanzigsten Male beim Stehlen ertappt; — sehr mußte es uns aber in Erstaunen setzen, als wir benannten Artikel, nur mit veränderter Unterschrift in den Beobachter übergeben sahen\*).

Wir haben viel darüber nachgedacht, was das heißen solle, wer mit dem „Judas“ gemeint sein könnte, und sind endlich zu der Ueberzeugung gelangt, keiner unserer Mitbürger habe größeres Anrecht an diesen Namen als Herr Pupillenschreiber Knauer, welchen wir auch für den Correspondenten des „Kreisblattes“ halten.

In den folgenden Zeilen entledigen wir uns der Pflicht, unsere Behauptung zu begründen.

Herr Knauer war früher einer der eifrigsten Befechter der Demokratie, ein begeisterter Verehrer des Herrn v. Lindern. Er war es, welcher in öffentlichen Versammlungen Artikel freisinniger Zeitungen mittheilte, er war es auch, welcher nach Erledigung der hiesigen Pfarre sich nicht scheute von Haus zu Haus zu gehen, um die Einwohnerschaft zur Unterschrift einer Petition zu vermögen, durch welche man die Berufung des Herrn v. Lindern zur Predigerstelle zu erwirken beabsichtigte. Herr Knauer ließ sich durch diese Bestrebungen damals

\*) Wir haben uns bereits in Nr. 76. des Beob. darüber erklärt.

so ganz beherrschen, daß der sonst in seinem Berufe so Gewissenhafte seine Amtspflichten darüber leicht hätte vernachlässigen können.

So und auf ähnliche Weise fuhr er fort zu handeln, bis nach und nach an die Stelle des siegreichen Banners der Demokratie das preussische Bajonett trat; da aber fand dieser für die Demokratie und ihren Befechter, v. Lindern, so begeisterte Herr Knauer es nicht unehrenhaft, seiner hohen Meisterin, der Freiheit, um elender Silberlinge wegen den Judaskuß auf die reine Stirn zu drücken, und, anstatt daß er sich früher offen zu ihr bekannt hatte, scheute er sich fortan nicht, mit allen jesuitischen Waffen der Intrigue gegen sie aufzutreten.

Ehemals hatte er die Delmenhorster zu veranlassen gesucht, für Herrn v. Lindern zu petitioniren, jetzt bietet er seinen ganzen Einfluß auf, desselben Mannes Wirken als Volksvertreter zu verdächtigen; — ehemals war er eines der eifrigsten und beredtesten Mitglieder der demokratischen Versammlungen, jetzt ist er Mitglied des bekannten sogenannten patriotischen Vereins und hat so wie ein Gewand seine Gesinnungen gewechselt.

Herr Knauer war Demokrat als die Demokratie zu siegen schien, so lange also von dem Festhalten an der demokratischen Partei Günst, Ehre und Vortheil zu erwarten stand. Herr Knauer sagte sich von seinen Freunden nicht nur los, sondern wurde selbst zum Verräther an einem Manne, für den er bis dahin Begeisterung geheuchelt hatte, als es einen ernstlichen Kampf galt, als an den gesinnungsvollen Mann der Ruf erging, festzustehen im Sturme. Da wandte sich Herr Knauer rasch wieder jenen Kreisen zu, von denen für die nächste Zukunft Günst und Vortheil zu erwarten waren, und deshalb behaupten wir, er drückte seiner hohen Meisterin den zwiesachen Judaskuß auf die reine Stirn. — Nun, ein Bruder seiner Gesinnung sieht sich bereits zum „Ministerialassessor“ erhoben, vielleicht, daß ihm nächstens ein ähnlicher Lohn zu Theil wird.

Delmenhorst 1849, Septbr. 24.

Einer, der die „Judasküsse“ haßt,

### Zeitgemäße Betrachtungen.

Die Rückschrittmänner, welche doch immer behaupten, daß sie die besten Freunde des Fürsten und des Ministeriums seien, was aber nicht wahr ist, haben uns in ihrem Zuruf an die Wähler den Rath gegeben, nur solchen Männern die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten anzuvertrauen, welche gute Haushälter wären. Im laufenden Jahre übersteigen nun die Ausgaben un-



feres Staats seine Einnahme um mehr als 300.000 Rthlr.; das macht mehr als  $1\frac{1}{2}$  Rthlr. auf jeden Kopf der Bewohner des Landes. Dauert diese Wirthschaft so fort, was der Fall sein möchte, wenn wir in den Landtag Jährlicher schicken, und diejenigen nicht wiederwählen, welche sich so unangenehm dadurch machten, daß sie etwas tiefer in die Rechnungen hineinsahen und ohne Scheu sagten, was wahr ist, so wird es im folgenden Jahre ungefähr ebenso mit unseren Finanzen stehen. Wer sind nun die **Schuldenmacher**?

Oberst Moske ist auf seiner Reise nach Berlin über Brake gegangen, um den dort erbauten Dock in Augenschein zu nehmen. Wollte er vielleicht auch die deutschen Kriegsschiffe noch einmal sehen und von ihnen Abschied nehmen? Aus der Elbe sind sie auf Befehl des Reichscommandor Brommy schon weggezogen, seitdem die Herren Preußen ihnen in Hamburg so nahe kamen. Die von der Weser werden sich bald mit ihnen vereinigen, um, wie man aus Frankfurt schreibt, in Triest unter Oesterreichs Schutz gestellt zu werden. Das wird Oldenburg und Bremen sehr weh thun. Aber würde man wohl so eilig damit gewesen sein, uns diese Wohlthat zuzufügen, wenn unsere Staatsregierung eine Stellung eingenommen hätte, welche Hoffnung ließ, daß wir nicht an Preußen fallen würden?

„Constitutionell“ nennt sich die Partei der reactionären Beamten und derer, welche aus den bisherigen Schäden unsres Gemeinwesens ihren Vortheil zogen? Nun ja. Jeder nennt sich nach seiner Beschäftigung, und diese Leute beschäftigen sich viel mit dem Staatsgrundgesetze, nämlich: wie sie es uns wieder beknaipen und verkümmern möchten. Richtiger nennt sie aber doch wohl der Volksfreund die „Ministeriellen“. Sie sind es aber ziemlich rücksichtslos gegen die öffentliche Meinung, da sie sogar den eignen Neffen des Ministerpräsidenten (Auditor Bülting) zum Wahlmann der Stadt vorgeschlagen und durchgesetzt haben.

Die Neuen Blätter — (Ja so die Landtagswahlen stehen bevor!) — machen Front gegen das Ministerium! Sie fordern Reduction des Militärs wie die Demokraten und von der Staatsregierung „Offenheit in ihren Vorlagen und Darlegung alles Ernstes in Erleichterung des Landes“. Wer hätte sich das möglich gedacht von den Neuen Blättern, selbst in der Zeit vor den Landtagswahlen, wo freilich viele Mäntel anders umgehängt werden, nämlich nach dem Winde. — Die Neuen Blätter rechnen auch die

Kosten auf, welche die Auflösung des Landtags dem Lande verursacht habe. Das macht denn, wenn wir die Versäumnis der Urwähler und Wahlmänner nicht mit anschlagen, 1733 Rthlr. Nun, darum ließe sich schon fertig werden. Die Hauptfrage wird aber sein: ob die Auflösung nöthig war und ob das Ministerium die Ratifikation des Vertrages mit Preußen auf seine Verantwortung nehmen durfte.

Je mehr die Staatsregierung ehrlich ist und recht thut, desto mehr achtet auch das Volk das Recht und Gesetz des Staates; das zeigt seit Jahrhunderten Englands Beispiel. Wer also Euch einwenden will: „Ja hätten wir Englands Gottesfurcht und seine Achtung vor dem Gesetze!“ dem antwortet: geht ihr dem Volke Englands Freiheit und haltet euch fern von preussischen Kniffen. Das ehrliche Oldenburger Volk liebt die nun einmal nicht und traut nicht den Schülern des Herrn von Radowit.

Bei den Wahlen in der Stadt Oldenburg hatte die Kandidatenliste des Butjadingerhofes im Durchschnitt etwa 420 Stimmen, die des Casino's im Durchschnitt etwa 460 Stimmen, also etwa 40 mehr. An Zureden etc. hat's auf beiden Seiten nicht gefehlt. Aber Beamteneinfluß und Vorgesetzte im Dienste haben nur für die Casinolisten gewirkt. Viele haben sich hinterher dahin geäußert: sie hätten lieber für die Liste der Volkspartei stimmen mögen. Deren Zahl mag wohl viel mehr als 40 betragen, und vielleicht eben so Viele sind ganz zu Hause geblieben, weil sie nicht so stimmen zu dürfen glaubten, wie sie es gern gethan. Die Mehrheit war für die Liste des Butjadingerhofes.

### Die Wahl der Abgeordneten im Kreise Ovelgönne.

Zu den wichtigsten Vorlagen, womit die nächsten Landstände sich beschäftigen werden, gehört unstreitig das neue Schulgesetz. Wie wir hören, ist die Schulkommission im Begriffe, ihre Arbeiten abzuschließen und das Resultat derselben wird ohne Zweifel nächstens dem Publikum zur Beurtheilung vorgelegt werden. Es handelt sich dabei um die ganze Organisation des öffentlichen Unterrichts, um die ganze Zukunft der Volksschule; darum wünschen wir dringend, daß auch die Lehrer, da ihre Stimme erheben können, wo die Bedingungen ihrer ganzen Wirksamkeit festgesetzt werden sollen. Mit andern Worten: Wir halten es für ein dringendes Bedürfnis, daß in unserm Kreise auch ein Lehrer zum Abgeordneten erwählt werde.



Im Kreise Ovelgönne sind etwa 60 Schulen mit circa 4000 Kindern. In der Jugend ruht die Hoffnung des Vaterlandes. Ist es nicht eine gerechte Forderung, daß auch die Interessen dieser Unmündigen kräftig vertreten werden? Wer aber ist dazu so geeignet, als ein tüchtiger Lehrer? Hört man doch oft von einsichts- vollen und erfahrenen Männern, welche über alle Verhältnisse des öffentlichen Lebens ein gewichtiges Urtheil sprechen können, die unverholene Aeußerung: „daß sie vom Schulfache nichts verstehen!“ Und wenn es überhaupt notwendig ist, daß das ganze Unterrichtswesen die sorgfältigste Einrichtung und Pflege erhalte, damit die Schule, die Pflanzstätte wahrer Bildung und Gesittung werde, so ist es in der gegenwärtigen Zeit, wo die politischen Bewegungen auch in die untern Volksschichten immer mehr eindringen, wo die socialen Ideen immer mehr in den Vordergrund treten. Darum haben wir im wohlverwogenen Interesse des Volks obigen Vorschlag gemacht und hoffen von unsern Mitwählern, daß sie denselben nicht unberücksichtigt lassen werden.

In dieser Voraussetzung machen wir die Wahlmänner des Kreises Ovelgönne auf den Lehrer Müller zu Wiemsdorf aufmerksam, und erlauben uns, ihn zum Candidaten für die nächste Ständerversammlung in Vorschlag zu bringen.

Einige Wahlmänner im Kreise Ovelgönne.

Andererseits ist uns Folgendes schon vor längerer Zeit zugesandt:

„Es ist in diesen Blättern wiederholt angefragt, wie weit die Schulkommission mit ihren Arbeiten vorgeschritten sei. Alle Freunde des Volks und der Schule erwarten mit lebhafter Ungeduld das neue Schulgesetz. Ehe aber der Entwurf desselben vollendet ist, kann der Landtag nicht über die Schulfrage verhandeln. Durch die Auflösung der Landstände hat die Schulkommission wieder einige Monate Zeit gewonnen, um ihre Arbeiten zu beendigen. Obwohl es nun nicht zweifelhaft zu sein scheint, daß das Schulgesetz gegen die Zeit, wenn der Provinziallandtag seine Wirksamkeit beginnt, nämlich in 3—4 Monaten, längst im Entwürfe fertig und durch den Druck der Beurtheilung des Publikums übergeben sein wird, — so würde es doch zu allgemeiner Beruhigung dienen, wenn die Schulkommission eine öffentliche Erklärung darüber abgeben wollte. Darum ersuchen wir dieselbe, insbesondere das den Volksschullehrern zunächst stehende Mitglied, Herrn Seminarlehrer Wagenfeld, hiemit dringend, die gewünschte Auskunft zu geben. — Ist nur erst der Schulgesetzentwurf vollendet, so werden den Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes, so wie den Verhandlungen des constituirenden Landtags zufolge, die nächsten Landstände, gewiß, auch die so höchst wichtige Schulfrage erledigen.“

Die reaktionäre Parthei in Glöfeth

hat bei dem gestrigen Wahlkampfe den glänzendsten Sieg errungen, indem es ihr gelungen ist, ihre sämtlichen

Wahlmänner-Candidaten durchzubringen und die der freisinnigen Parthei zu verdrängen.

Die zu solchem Zwecke vor und bei der Wahl angewandten Intriguen und Antriebe haben zur Folge gehabt, daß mehrere Wahlberechtigte unmittelbar nach dem Wahltage die Gültigkeit der Wahl angefochten, und eine neue Wahl verlangt haben. Es haben demzufolge vielfache protocollarische Verhandlungen stattgefunden, in welchem die Protest erhebende Parthei sich namentlich darauf stützte, daß von einigen Nichtstimmberechtigten Stimmzettel abgegeben wurden, solches sofort von einem Wahlberechtigten dem Wahlvorstande zur Anzeige gebracht, darauf aber keine Rücksicht genommen, sondern sogar die Erwidrerung gehört worden sei, man möge doch schweigen, damit die Gültigkeit der Wahl nicht verloren gehe.

Ferner seien am Morgen des Wahltages, Sept. 25., die Stimmzettel bei großen Quantitäten an einzelne Personen verabreicht, welche solche beschrieben und unterschrieben sowohl den zur Wahl berechtigten als auch nichtberechtigten Personen in ihren Häusern und auf der Straße aufgedrungen\*) und dies zum Theil unter Versprechungen geschehen sei; so habe allein ein Wirth 30 und mehrere Stimmzettel erhalten, die beschrieben und dann seinen Gästen bei einem Glase Schnapps oder Wein aufgedrungen seien.

Ob dergleichen Thatfachen und die sonstigen zu Protokoll gelangten Ungehelichkeiten die Wahl ungültig machen\*\*), steht Großherzoglicher Regierung — welcher auch die speciellen Fälle noch besonders mitgetheilt worden — jetzt zur Entscheidung. Der Entscheidung wird mit Spannung entgegen gesehen.

### Die Urwahl in Betel

ist ganz nach dem Programm, welches die Leute aufgestellt hatte, im liberalen Sinne ausgefallen. Es wurden 16 Wahlmänner gewählt, unter ihnen auch Pastor Klotter.

Es waren 669 Stimmzettel abgefordert, davon aber nur 378 abgegeben worden. Eine von der konservativen Partei bezüglich der Selbstständigkeit der Stellweber aufgeworfene Frage, wurde zu Gunsten der letztern entschieden, indem der Kirchspielsvoigt Hobbie, als Vorsitzender bei Abstimmung über dieselbe — den Ausfall gab — was allgemeinen Jubel erregte.

Weitere Wahlen sind: Oldenbrock, Großenmeer, Altenhunteorf, Jade, Schweiburg konservativ; Landgemeinde Delmenhorst, Vardenfeth, Neuenbrock, Wiefestede, Apen, Stadt Jever demokratisch. Im Butjadingerland sollen die Wahlen zumeist konservativ ausgefallen sein.

\*) Ist wohl nicht allein in Glöfeth geschehen. D. Beob.

\*\*) Aus ähnlichen Ursachen ist auch die Wahl in Ganderkesee von der liberalen Seite angefochten, und die der Landgemeinde Oldenburg, von der konservativen, deshalb, weil Einige nicht gekündigt seien. D. Beob.





# Der Beobachter.

## Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in  $\frac{1}{2}$  Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VI. Jahrgang.

Freitag, den 5. October 1849.

N<sup>o</sup> 80.

### Die Wahlmänner der Stadt Oldenburg.

Wahr' di Bur, de Garde kumt\*).

Den unfähigsten Anstrengungen der vereinigten Kräfte von Hofleuten und Beamten, von Geburts- und Geldaristokraten ist es gelungen, eine Garde für das Wahlcollegium des Kreises Oldenburg zu stellen, würdig eines Manteuffel und nicht unwürdig, statt der Pickelhaube Michels Nachtmütze zu tragen, die man ihm jetzt in Berlin strickt. Es ist nicht unsere Absicht, das Freudengeschrei der Reaction in sein Nichts zurückzuweisen; denn die Lust der oldenburger servilen Presse, absichtlich Unwahrheiten zu verbreiten — sie spricht von einer Mehrheit von 90 Stimmen auf Seiten der Reaction, und von glänzenden Siegen bei einem Stimmenverhältniß von 17 zu 16 —, bedarf eben so wenig einer Beleuchtung, als die Art, wie die Reaction jenen kadmeischen Sieg errungen hat. Es wäre hier in der That verlorene Mühe, die Triebkräfte und Schleichspade jener Leute aus dem schmutzigen Dunkel lügenerischer Ueberredung, mißbrauchter Amtsgewalt und drückender Arbeitsherrschaft in bogenlangen Berichten in das Schlaglicht der Oeffentlichkeit zu stellen. Zur rechten Zeit und am rechten Orte wird die Thatsache einer korrumpirten Wahl, wenn nöthig den Sieg vernichten, welchen Verschlagenheit und unredliche Waffen über Offenheit und ehrliche Kampfweise davon getragen haben. In öffentlicher Berathung unter Zustimmung der versammelten

\*) Im Jahre 1800 griff die Holsteinische Aristokratie die freien Dithmarschen Bauern an. Die Hauptstärke der Adligen war der Schrecken der damaligen Zeit, die sogenannte schwarze Garde unter dem Junker Sleng, so daß man die Lösung erfand: „wahr' di Bur, de Garde kumt.“ Als aber Adel und Garde bei Hemmingstedt geschlagen, der Junker Sleng vom Bauer Wimerstedt erschlagen wurde, da rief man: „wahr' di Garde, de Bur kumt.“

Wahlmänner hat die freisinnige Parthei die Männer bezeichnet, würdig des Vertrauens ihrer Mitbürger bei der Abgeordnetenwahl, während von Jenen die Einen bei verschlossenen Thüren Listen aufstellten, haltlos vor der Oeffentlichkeit, und die Andern Pläne erfanden, welche die Freien als unwürdige Niederträchtigkeiten zurückgewiesen hatten. Und wie die Parthei der Reaction einem großen Theile nach ihr Bestehen in bedienthafter Unterwürfigkeit gegen die Macht oder in dem Egoismus hat, der das Gemeinwesen zu Sonderinteressen ausbeutet; so hat sie die Macht nach unten wirken lassen, den Widerstand auf Kündigung stehender Beamten zu brechen, so hat sie militairische Disciplin zur Controle und Unterdrückung politischer Freiheit benutzt, so hat sie durch Herrschaft über das materielle Interesse von Wählern deren politische Berechtigung für sich geknechtet.

Diese Parthei, welsch ein politischer Nied- oder Stank-Topf! Offene Absolutisten gegen angebliche Demokraten, und rothe Anhänger der Kamarilla neben friedfertigen Konstitutionalisten. Wie sie sich aber auch nennen die Einzelnen, die Thatkräftigen unter ihnen wissen sehr wohl, daß ihr Ziel die Unterdrückung der Volksherrschaft, daß der Weg zu diesem Ziele rothe Reaction ist. Aber sie haben sich verrechnet, wir werden nicht in die Gassen kommen. Unsere Macht ist die Ueberzeugung des Volkes; es wäre Thorheit, wenn wir aus der sicheren Höhe in die Schufweite der Kartätschen herabsteigen wollten. Wir werden bleiben wo wir stehen, auf dem Boden der gesetzlichen Agitation, unbekümmert daß uns ungünstige Verhältnisse den gebührenden Sieg entragen. Denn wägt die Stimmen jener sogenannten Intelligen- ten, wägt die Stimmen der Hofleute und Beamten, wägt die Stimmen jener Schleppträger der Macht, zählt dazu den unterwürfigen Anhang, und was wiegt der ganze Haufe, wenn ihr die wenigen Ueberzeugungstreuen abrechnet? Selbst jene vielgepriesene Intelligenz, deren